bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN

MITEINANDER IN DER STADTGESELLSCHAFT

SPD lädt zu Fachkonferenz zur sozialen Stadtpolitik ein

Von Andreas Bovenschulte, SPD-Landesvorsitzender

Die Überwindung gesellschaftlicher Spaltungen und die Herstellung sozialer Gerechtigkeit sind die Leitmotive unserer sozialdemokratischen Politik in Bremen und Bremerhaven. Unser Regierungsprogramm zur Bürgerschaftswahl 2011 haben wir deshalb ganz bewusst unter den Titel „Miteinander! – Vielfalt und Zusammenhalt gemeinsam gestalten“ gestellt. Wir wollen den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt in unseren Städten stärken, damit alle Menschen ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben führen können – unabhängig von Herkunft und Geschlecht, frei von Armut, Ausbeutung und Angst.

Wir wissen, wie schwierig es ist, gesellschaftliche und soziale Spaltungen zu überwinden, wenn sie sich erst einmal verfestigt und ihren Niederschlag auch in der räumlichen Struktur einer Stadt gefunden haben. Die SPD hat trotz der extremen Haushaltsnotlage Bremens und Bremerhavens nie einen Zweifel daran gelassen, dass es durch politische Schwerpunktsetzung möglich sein muss und auch möglich ist, Stadtteile mit besonderen Problemlagen in besonderer Weise zu fördern und zu unterstützen. Soziale Stadtpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Politikfelder betrifft. Nur durch gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten lassen sich spürbare und dauerhafte Erfolge erzielen.

Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Institutionen und Verbänden, den politischen Akteuren aus dem Senat, der Bremischen Bürgerschaft, den Stadtteilen und mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern wollen wir die Wege zu einer Sicherung und Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Bremen und Bremerhaven diskutieren und laden herzlich zu unserer Fachkonferenz „Perspektiven der sozialen Stadtpolitik“ am 10. März 2012 ins Konsul-Hackfeld-Haus in Bremen ein. ■

Das Programm der Fachkonferenz haben wir auf Seite 4 dieser Ausgabe abgedruckt.

TERMINE:

Lesung und Diskussion:

Frau Bürgermeister Mevissen – der „einzige Mann im Senat“ oder: Annemarie Mevissen und die Frauenfrage

Vortrag mit Lesung und Diskussion zur kürzlich erschienenen Biografie von Annemarie Mevissen, langjähriger Bremer Senatorin und Bürgermeisterin. Mit Dr. Renate Meyer-Braun, Autorin der Biografie

DIENSTAG, 6. MÄRZ 2012, 19:00 UHR
BÜRGERHAUS WESERTERRRASSEN
OSTERDEICH 70 B
28205 BREMEN

Veranstalter:
SPD-Ortsvereine Altstadt und Peterswerder/Steintor

Zukunftsdialog:

Mit Bürgerschaftlichem Engagement gegen soziale Kälte.

Wie lässt sich ein gesellschaftliches Klima für mehr Zivilcourage erzeugen?

DONNERSTAG, 15. MÄRZ 2012, 19:00 UHR
HAUS DER BÜRGERSCHAFT
AM MARKT 20
28195 BREMEN

Veranstalter:
SPD-Bundestagsfraktion

SOZIALE SPALTUNG DER STADT

Von Ingo Schierenbeck

Soziale Spaltung – hat es das nicht schon immer gegeben? Es ist doch nichts Neues, dass es „bessere“ und „schlechtere“ Stadtteile gibt, dass Menschen viel oder wenig verdienen, dass die einen reich geboren werden, die anderen sich abstrampeln müssen. Aber ist dies ein Feld, das politisch besonderer Bearbeitung bedarf?

Es gibt zwei Gründe, diese Frage ganz eindeutig mit „Ja“ zu beantworten. Der Sozialstaat hat das Ziel, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit herzustellen. Der Abbau sozialer Ungleichheiten und das Herstellen von Chancengerechtigkeit sind Voraussetzungen einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Der zweite Grund, warum Politik sich mit der sozialen Spaltung befassen muss, ist schlicht der: Sie nimmt zu. Und dies auch in Bremen.

Nach der jüngsten Verdiensterhebung, die die Arbeitnehmerkammer mit dem Statistischen Landesamt vorgenommen hat, klaffen die Einkommensunterschiede ganz erheblich auseinander. Für die gesamte Bundesrepublik ist die Zunahme der Ungleichheit ausführlich beschrieben und untersucht worden – und zeigt ihr Gesicht im räumlichen Auseinanderfallen der Städte. Um es für Bremen konkret zu machen: Die Hälfte der 4.321 Steuerpflichtigen, die ein jährliches Einkommen von 125.000 Euro oder mehr erzielen, lebt in den Stadtteilen Schwachhausen, Oberneuland und Horn-Lehe. Umgekehrt wohnen in den Stadtteilen Gröpelingen, Walle und Woltmershausen zusammen nur zwei Prozent der Steuerpflichtigen mit entsprechenden Verdiensten. Das durchschnittliche Jahreseinkommen in Gröpelingen liegt bei ca. 16.700 Euro, das in Horn bei über 100.000 Euro.

Hinzu kommt, dass sich ein Armutsproblem zuspitzt, das wir in dieser Form in der Bundesrepublik lange nicht kannten: Armut trotz Arbeit. Die deutliche – und politisch gewollte – Ausdehnung des Niedriglohnsektors hat insbesondere in Regionen mit einer hohen Arbeitslosigkeit besonders negative Auswirkungen. Rund 18.000 Menschen im Land Bremen stocken ihren Lohn mit staatlicher Hilfe auf. Und das ist nur die Spitze des Niedriglohn-Eisbergs. Schlimmer noch als die finanziellen Folgen für die öffentlichen Haushalte ist der Schaden, den das Gemeinwesen erleidet. Prekäre, niedrig entlohnte Arbeit entfaltet nicht mehr die integrative Kraft, die ein Normalarbeitsverhältnis stiftet. Dies zu messen ist schwierig, jedoch haben genau die Stadtteile, in denen nur noch niedrige oder gar kein Einkommen erwirtschaftet wird, inzwischen auch Wahlbeteilgungen von unter 50 Prozent. Allein dies muss unsere Gesellschaft schon in hohem Maße alarmieren.

Niedrige Löhne sind nicht das einzige Indiz für die soziale Spaltung der Stadt. Dass Kinder aus materiell stärkeren Stadtteilen eine vier Mal höhere Chance haben, das Abitur zu machen als die aus schwächeren Quartieren, ist ein fundamentaler Verstoss gegen die Chancengerechtigkeit.

Und noch ein Fakt gehört hierher: Die nach wie vor hohe Zahl an Langzeitarbeitslosen im Bundesland Bremen nimmt auch bei derzeit guter Konjunktur kaum ab. Ist schon der Arbeitsmarkt in sichere und prekäre Zonen gespalten, so besteht hier tatsächlich die Gefahr, dauerhaft von Erwerbsarbeit ausgeschlossen zu werden. Und dann werden auch noch die Mittel für die Arbeitsföderung so gekürzt, dass eine angemessene Förderung kaum noch möglich erscheint. Dabei müssten gerade jetzt, da der Arbeitsmarkt dank guter Konjunktur aufnahmefähiger ist und der Fachkräftebedarf zunimmt, neue Teilhabechancen auf dem Weg (zurück) in die Arbeitsgesellschaft auch für Menschen ohne Berufsabschluss über Qualifizierungsmaßnahmen und kompetente Begleitung eröffnet werden. Auch dies wäre ein entscheidender Beitrag gegen die Spaltung der Stadt.

Bremen hat für die Entwicklung der Stadt ein Leitbild aufgestellt. In ihm heißt es: „Wir wollen den Abstand zwischen den reichsten und den zehn ärmsten Bremer Stadtteilen verringern.“ Dieses Ziel ist ausdrücklich zu begrüßen, allerdings werden die sozialen Verhältnisse in unserer Gesellschaft wesentlich von der Bundespolitik bestimmt. Die Steuerungsmöglichkeiten des Landes halten sich in Grenzen. Aber es gibt sie und einige von ihnen finden sich bereits im „Portfolio“ der Bremer Politik.

Aus Sicht der Arbeitnehmerkammer sind folgende Themen im Kampf gegen die soziale Spaltung anzugehen:

Sozialpolitik: Um Chancengerechtigkeit herzustellen geht kein Weg an umfassenden Ganztagsangeboten vorbei. Kindergärten und Ganztagsschulen müssen gerade dort für Ausgleich sorgen, wo Kinder nicht mit „dem goldenen Löffel“ geboren werden. Angesichts knapper Kassen werden Verteilungskonflikte nicht ausbleiben – keinesfalls dürfen die vergessen werden, die sich in der Bremer Stadtgesellschaft nicht so laut zu Wort melden können wie andere Milieus.

Wohnungsbaupolitik: Der Bedarf an preisgünstigen Mietwohnungen ist für Niedriglohnempfänger hoch – er kann aber aktuell in Bremen kaum noch gedeckt werden. Wohnungsbauprogramme sind künftig so auszulegen, dass sie ihren Beitrag gegen die soziale Spaltung auch leisten können. Wenn Niedrigverdiener nur in wenigen Stadtteilen überhaupt zum Zuge kommen, verstärkt dies die Spaltung. Das Bremer Leitbild ist dann Makulatur.

FOTO: ARBEITNEHMERKAMMER

DER AUTOR:

Ingo Schierenbeck wurde 1957 geboren. Nach dem Studium der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften an der Universität Bremen war er zunächst als Rechtsanwalt tätig. 1983 wurde er Rechtsberater in der damaligen Angestelltenkammer, 1987 Geschäftsstellenleiter in Bremerhaven und ab 1997 Mitglied der Geschäftsführung der Angestelltenkammer (ab 2001 Arbeitnehmerkammer) sowie Leiter der Rechtsabteilung. Seit Juli 2010 ist Ingo Schierenbeck Hauptgeschäftsführer der Arbeitnehmerkammer.

Arbeitsmarktpolitik: Das Sparpaket der Bundesregierung lässt Langzeitarbeitslose im Regen stehen. Auch wenn diese Mittel im Land nicht vollständig kompensiert werden können: Wir brauchen für Bremen und Bremerhaven intelligente, zu einem Berufsabschluss führende Förderkonzepte, die, wenn nötig, auch mit Landesmitteln flankiert werden. Bislang hat Bremen außerdem gerade in sozial benachteiligten Quartieren sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gefördert. Auch dieser sinnvolle arbeitsmarktpolitische Strang darf nicht abreißen.

Last but not least – Lohnpolitik: Die Bremer Politik beweist gerade mit dem „Bremer Mindestlohn“, dass Lohngerechtigkeit nicht bloß eine Sache der Wirtschaft oder des Bundes ist. 8 Euro 50 für alle, die beim oder in der Nähe des Staates wirtschaften, sind ein erster Schritt auf dem Weg zum Abbau von Ungleichheiten. Zusätzlich müssen wirtschaftspolitische Entscheidungen mit einem genauen Blick auf ihre Auswirkungen auf Beschäftigung geprüft werden. ■

Kinderbetreuung und ganztägiges Lernen werden ausgebaut

Bremen investiert trotz Haushaltsnotlage mehrere Millionen zusätzlich in Schwerpunktbereiche

Die rot-grüne Koalition stellt für die Haushalte 2012/2013 mehr als 40 Millionen Euro zusätzlich für den Ausbau der Kinderbetreuung und das ganztägige Lernen zur Verfügung. Bereits im Januar hatte Bildungssenatorin Renate Jürgens-Pieper das Programm zum weiteren Ganztagsschulausbau vorgelegt. Seit Mitte Februar liegt nun auch das Ausbaukonzept von Sozialsenatorin Anja Stahmann zur Kindertagesbetreuung vor.

Ganztagsschulen verbessern Bildungschancen

Zum nächsten Schuljahr werden in Bremen zwei gebundene und acht offene Ganztagsschulen neu eingerichtet. „Schulerfolg und soziale Herkunft müssen viel stärker entkoppelt werden. Der Ausbau der Ganztagsschulangebote ist deshalb ein ganz wichtiger Baustein, wenn wir die Bildungschancen gerade auch für benachteiligte Kinder verbessern wollen", so der bildungspolitische Sprecher der SPD, Mustafa Güngör. Um der sozialen Spaltung erfolgreich entgegenzuwirken, braucht es zudem eine frühe Sprachförderung, ein längeres gemeinsames Lernen und individuelle Förderung in kleineren Klassen. „Die offene Ganztagsgrundschule wird ein kostenloses Bildungs- und Betreuungsangebot an fünf Tagen in der Woche bis 16 Uhr bereitstellen." Das zusätzliche Angebot nach 13 Uhr ist nicht verpflichtend, der Nachmittag wird so rhythmisiert, dass Phasen des Lernens sich mit Freiräumen für Bewegung und Spiel abwechseln. Pro Gruppe und Woche werden die Schulen mit acht zusätzlichen Lehrerstunden und 9,5 Betreuungsstunden ausgestattet. Die offenen Ganztagsschulen werden stadtweit anwählbar sein.

Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung wird abgesichert

Was die Kindertagesbetreuung anbelangt, so wird es schon im Sommer deutlich mehr Plätze geben. „Uns war wichtig, dass diese vorrangig in Quartieren mit einem großen Anteil von Kindern mit erhöhtem sozialen Förderbedarf geschaffen werden", so der sozialpolitische Sprecher der SPD, Klaus Möhle. „Denn der Ausbau der Kinderbetreuung ist für die Bekämpfung von Armut und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie unerlässlich." Neben dem Ausbau des Platzangebots wird auch die Betreuungszeit ausgeweitet. Um den bestehenden Rechtsanspruch auf Tagesbetreuung für Kinder zwischen drei und sechs Jahren

Mustafa Güngör, bildungspolitischer Sprecher der SPD

abzusichern, werden in den nächsten zwei Jahren über 400 Plätze neu geschaffen. Sie alle werden mit mindestens sechsstündiger Betreuung angeboten. Parallel werden rund 500 Ganztagsplätze mit achtstündiger Betreuung zusätzlich eingerichtet. Auch die Betreuung für Kinder unter drei Jahren wird deutlich ausgebaut. Fast 1200 Plätze stehen zum kommenden Kindergartenjahr zusätzlich zur Verfügung, davon allein 865 in den Kindergärten. Möhle: „Wichtig ist, dass die bewährte Trägerstruktur mit Kita-Bremen und den kommunalen Betreuungsplätzen auf der einen Seite, und den freien Trägern auf der anderen Seite, auch künftig erhalten bleibt."

Klaus Möhle, sozialpolitischer Sprecher der SPD

Gruppenvergrößerungen sind vom Tisch

„Besonders freue ich mich, dass die Vorschläge aus dem Sozialressort, die Gruppen in den Kindergärten zu vergrößern, nun endgültig vom Tisch sind", so Möhle weiter. Um die Finanzierung des Ausbaus sicherstellen zu können, werden neben den zusätzlich bereitgestellten Mitteln ab 2013 auch die Elternbeiträge erstmals seit 2006 angehoben. Geprüft wird eine prozentuale Anhebung über die gesamte Beitragsstaffel sowie eine stärkere Beteiligung höherer Einkommen. „Das muss moderat und sozial ausgewogen passieren. Aber klar ist auch: Starke Schultern können mehr tragen." ■

NEUE TEILHABECHANCEN DURCH BILDUNG UND SOZIALE STADTENTWICKLUNG

Von Renate Jürgens-Pieper

Schulentwicklung ist auch Stadtteilentwicklung – unter diesem Motto stand in den vergangenen vier Jahren unsere Schulreform. Denn die Schulen im Stadtteil sind nicht nur wichtige Lernorte für Kinder und Jugendliche, sondern auch Anziehungspunkte für die Beteiligung für Bürgerinnen und Bürgern sowie Orte vielfältiger Kooperationen im Stadtteil. Dabei setzen die Beiräte auf neue Teilhabechancen durch eine forcierte Ganztagsentwicklung – besonders in multikulturellen Stadtteilen kann dies hervorragend zur sozialen Stadtentwicklung beitragen.

Die Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Bremer Senats und der erste Bremer Bildungsbericht zeigen, dass junge Bremerinnen und Bremer mit Zuwanderungsgeschichte deutlich seltener einen hohen Bildungsabschluss erreichen und deutlich seltener in die duale Ausbildung gehen als ihre gleichaltrigen Mitschüler. Die Berichte belegen zudem, dass Bildungserfolg und gesellschaftliche Teilhabe nicht gleichmäßig im städtischen Raum verteilt sind. Im Gegenteil: Die Kluft zwischen armen und wohlhabenden Stadtteilen wird immer größer – mit negativen Folgen für die Bildungsbiographien junger Menschen in benachteiligten Stadtteilen. Bildungspolitik muss deshalb zunehmend auch Perspektiven der sozialen Stadtentwicklung aufgreifen und umgekehrt.

Der Bremer Stadtteil Gröpelingen ist mit seinen 35.000 Einwohnern ein gutes Beispiel. Der Stadtteil ist jung und international, gleichzeitig sind hier jedoch die Bildungsabschlüsse besonders niedrig. Armut ist für viele alltäglich und der Anteil der hier lebenden Migrantinnen und Migranten ist besonders hoch. Den Schulen kommt bei der Verbesserung von Teilhabechancen eine zentrale Rolle zu. Um sie dabei zu unterstützen, wird seit Sommer 2011 mit Hilfe des Bundesprogramms „Lernen vor Ort" das Züricher Programm QUIMS eingeführt. QUIMS (Qualität in multikulturellen Schulen und Stadtteilen) verbindet Bildung und Integration mit Entwicklungskonzepten für den Stadtteil.

Im Mittelpunkt steht die langfristige Erhöhung des Schulerfolgs, zum Beispiel durch schulische und außerschulische Angebote zur Stärkung personaler und sozialer Kompetenzen, aber auch durch intensive Zusammenarbeit bei der Gestaltung der Übergänge Kita – Schule oder Schule – Ausbildung. Ein zweiter Schwerpunkt liegt in der Sprachförderung. Hier steht die Schaffung einer umfassenden Lese-, Schreib- und Sprechkultur im Mittelpunkt, die Deutsch als Bildungssprache systematisch fördert. Gleichzeitig werden die mitgebrachten Erstsprachen nicht als Folklore, sondern als Bildungsressource in einer globalisierten Welt verstanden. In diesem Handlungsfeld spielen Einrichtungen wie Stadtbibliothek, Musikschule, Bürgerhäuser und Volkshochschule eine wichtige Rolle als Erfahrungs- und Lernraum für Sprache.

Der Aufbau von Bildungspartnerschaften mit Eltern ist ein dritter Schwerpunkt. Formale Mitwirkungsmöglichkeiten für Eltern laufen oft ins Leere angesichts sprachlicher Barrieren und unterschiedlicher Vorstellungen von Bildung. Mit QUIMS sollen deshalb neue Wege erprobt werden, um Familien mit Migrationskontext oder bildungsbenachteiligte Familien zu ermutigen, in den Schulen mitzuwirken und ihre Kinder zu fördern. Das erfordert respektvolle und sensible Zugangsweisen gegenüber Eltern, die nicht oder kaum deutsch sprechen und auf Schule häufig mit Distanz oder Unkenntnis reagieren. QUIMS will den Lernprozess auf beiden Seiten fördern, auch in der Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Ausbau lokaler Kooperationsnetzwerke. Bremen verfügt zum Beispiel über eine große Projektlandschaft für kulturelle Bildung. Doch es fehlt an einer systematischen Verknüpfung, an verlässlichen Förderstrukturen, an gemeinsam formulierten Zielen. In Gröpelingen haben sich mehrere außerschulische Bildungsträger zum Verbund a.b.c.gröpelingen zusammengeschlossen und arbeiten im Programm QUIMS mit Kindertageseinrichtungen und Schulen zusammen.

Aufbauend auf QUIMS wird bis 2014 in Gröpelingen ein Quartiersbildungszentrum entstehen, das Beratungs- und Betreuungsangebote für Familien, Kinder und Jugendliche umfassen wird, zur Stärkung der Wohnquartiere und Nachbarschaften sowie zur Verbesserung der Bildungschancen beitragen soll und damit auch zur Überwindung der sozialräumlichen Polarisierung.

Eine solche soziale Stadtentwicklung soll nicht nur auf Gröpelingen beschränkt bleiben.

Wir wollen sie in den nächsten Jahren ausweiten und in einem Entwicklungsplan Migration und Bildung dazu Empfehlungen für das ganze Land geben. ■

DIE AUTORIN:

FOTO: PATRICE KUNTE/CHRISTIAN BEHRENS

Renate Jürgens-Pieper wurde 1951 geboren. Nach dem Lehramtsstudium arbeitete sie als Lehrerin an einer Schule in Braunschweig. 1990 wurde sie Staatssekretärin im niedersächsischen Kultusministerium, 1998 dann Kultusministerin. Von 2000 bis zum Regierungswechsel 2003 war Renate Jürgens-Pieper auch stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Niedersachsen. Nach einer Tätigkeit für die Friederich-Ebert-Stiftung nach dem Ausscheiden als niedersächsische Landesministerin wurde sie nach der Bürgerschaftswahl 2007 Senatorin für Bildung und Wissenschaft in Bremen. Seit der Bürgerschaftswahl 2011 ist Renate Jürgens-Pieper auch für den Ressortbereich Gesundheit verantwortlich.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation Bremen
Obernstraße 39 – 43
28195 Bremen
Tel.: 0421/350 18-0
Fax: 0421/350 18-37
info-bremen@spd.de
Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.),
Tim Cordßen
Namentlich gezeichnete Beiträge werden von den Autoren verantwortet.
Seite 3: SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen, André Städler (V.i.S.d.P.), Wachtstraße 27/29, 28195 Bremen

PERSPEKTIVEN DER SOZIALEN STADTPOLITIK

Fachtagung
am Samstag, 10. März 2012
10:00 – 15:00 Uhr

Konsul-Hackfeld-Haus
Birkenstraße 34, 28195 Bremen

Ablauf:

10:00 Uhr **Begrüßung**
Dr. Andreas Bovenschulte
Landesvorsitzender der SPD

Einführung in das Tagungsthema
Rolf Prigge
Sprecher des sozialpolitischen Ausschusses der Bremer SPD

10:15 Uhr **Herausforderungen und Aufgaben sozialer Stadtpolitik**
Ingo Schierenbeck
Hauptgeschäftsführer der Arbeitnehmerkammer Bremen

11:00 Uhr **Sozialer Zusammenhalt und Stadtteilgerechtigkeit**
Bürgermeister Jens Böhrnsen
Präsident des Senats

12:00 Uhr **Mittagspause mit Imbiss**

12:45 Uhr **Neue Teilhabechancen durch Bildung und soziale Stadtteilentwicklung**
Renate Jürgens-Pieper
Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

13:45 Uhr **Wohnungs- und städtebaupolitische Aspekte der sozialen Stadt**
Jürgen Pohlmann
Baupolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion

14:30 Uhr **Zusammenfassung und Ausblick**
Rolf Prigge

Um Anmeldung wird gebeten:

Telefon 0421/350 18-0
E-Mail info-bremen@spd.de